tung das Kriegsportefeuille, Chaumié den öffentlichen Unterricht. Etienne, Sarrien, Bienvenu-Martin und Dubief würden als Vorsitzende der Kammerfraktionen versorgt; Leydet ist, wie Chaumié, Senator. Da jedoch die Branntweinbrenner dem Finanzministerium besonders gefährlich sind, soll vielleicht ihr Wohlwollen dadurch erkauft werden, daß Poincaré Rouviers Ressort erhält. — In der Deputiertenkammer sieht der Bloc noch sehr auf Ordnung. Er will der Obstruktion die Möglichkeit, einen Brisson aus dem Kammerpräsidium zu verdrängen, durch Umwandlung der geheimen Abstimmung in eine öffentliche nehmen; der radikale Abgeordnete Fournier hat einen Antrag dieses Sinnes eingebracht. — Auch Bourgeois' Name ist in der Krisis erwähnt worden. Der Sage, der sich nicht als Ministerpräsident entwerten lassen will, da er höheren Ehrgeiz hegt, ist nicht aufzufinden; er ist nach Sizilien gereist, und seine Freunde konnten ihm nicht depeschieren. (Aus Paris, vom gestrigen Tage, meldet das „Wolff“-Bureau: Bei der heutigen Beratung zwischen dem Präsidenten Loubet und den Präsidenten des Senats und der Deputiertenkammer soll Fallières die Ansicht ausgesprochen haben, das neue Kabinett müsse dasselbe Programm befolgen, das Combes innegehalten habe, und seine Mitglieder aus der Majorität der Häuser nehmen, die Combes unterstützt habe. Doumer dagegen habe erklärt, das neue Kabinett müsse eine Aussöhnung herbeiführen innerhalb der republikanischen Partei. Ein Kabinett analog dem Ministerium Combes müsse auf dieselben Schwierigkeiten stoßen.)

Deutsches Reich.

Berlin, 19. Januar.

* **Zur Angelegenheit des Pfarrers D. Fischer** veröffentlicht die „Christl. Welt“ folgende Erklärung:

Der Bescheid des königlichen Konsistoriums der Provinz Brandenburg an den Pfarrer D. Fischer, dem die Behörde selbst durch Mitteilung an den Gemeindekirchenrat in vollem Wortlaut den Charakter eines öffentlichen kirchenregimentlichen Aktes verliehen hat, erfüllt die Unterzeichneten und ihre Freunde mit schwerer Besorgnis und veranlaßt uns, sie, zumal uns auch aus unseren Gemeinden Beunruhigung darüber entgegentritt, zum öffentlichen Ausdruck zu bringen. Es ist namentlich Zweierlei, worüber wir nicht schweigen dürfen. Wir empfinden die Behandlung, die hier einem bejahrten und in seinem Amt verdienten Geistlichen zu teil geworden ist, als ob er ein unfertiger junger Mann wäre, als eine Herabsetzung des geistlichen Standes in der Öffentlichkeit. Nicht minder beklagen wir, daß durch mehrere Ausführungen in dem ergangenen Bescheid der verbreitete, die Wirksamkeit der Geistlichen in den weitesten Kreisen lähmende Verdacht, diese würden durch ihre vorgesetzten Behörden an dem wahrheitsgemäßen Ausdruck ihrer in ehrlichem Ringen gewonnenen Ueberzeugung gehindert, neue Nahrung und scheinbar authentische Bestätigung erhält. Berlin, 15. Januar 1905. D. Scholz. D. v. Soden.

Der verantwortliche Herausgeber der „Christl. Welt“, Dr. theol. Rade in Marburg, äußert in einem besonderen Artikel „Fromme Bedenken zu dem Bescheide des Brandenburger Konsistoriums gegen Pfarrer D. Fischer“; er sagt darin:

„Was sollen die Leute davon denken, daß eine Kirchenbehörde so mit ihren Pfarrern redet! Welche Schlüsse müssen sie daraus ziehen! Die Achtung des Pfarrerstandes durch die kirchlichen Behörden gehört mit zu der Selbstachtung, die die Kirche sich schuldig ist. Wenn insbesondere die theologische Bildung Fischers beanstandet ist — war das Richterkollegium für diese Zensur kompetent? und was sagt die Königsberger Fakultät dazu, die den so Zensierten soeben erst zum Doktor der Theologie erkoren hat? Wenn aber sein pfarramtliches Wirken beanstandet wurde — die behördliche Kompetenz ist hier nicht in Frage —: hat denn das Brandenburgische Konsistorium keine Kenntnis gehabt von dem glänzenden Zeugnis, das einst das Breslauer Konsistorium ihm über seine kirchliche Arbeit in seinen schlesischen Gemeinden ausstellte? (1894 in der „Kreuzztg.“ abgedruckt.) Kurz, wenn das Konsistorium schon diese Entscheidung treffen mußte, weshalb vermied es nicht solch kompromittierenden Ton? — Der Ernst der Aufgabe, die unser wartet, hat durch alle Richtungen eines freien Protestantismus hin unsere Frömmigkeit vertieft, unser Christentum fester, entschlossener gemacht. In absoluter Offenheit und Wahrhaftigkeit müssen und wollen wir mit den Leuten reden, die zu uns kommen. Um Gottes Willen, wälzt nicht den Schein auf uns, als dürften wir nicht reden, was wir denken, als dürften wir nicht glauben, was wir glauben. Um Gottes Willen, versündigt euch nicht so an dem Amt, das Gott uns gegeben hat! Ein solcher „Fall“, übel ausgerichtet, kann uns Jahrzehnte zurückwerfen. Wir brauchen eben jetzt Freiheit! Nicht für uns, für unsere Forschungen, aber für unsere Freigeisterei. Du liebe Zeit, wer will uns die nehmen? Nein, für unsere Frömmigkeit! Für unser christlich positives Wirken! Wir wissen ganz gut, daß formale, rechtliche Freiheit an sich kein Christentum ist und keine Kirche baut. Aber ohne sie kann evangelisches Christentum nicht leben, kann unsere Kirche nicht gedeihn. Nicht um unserer elenden Personen willen, die bald vermodern werden nach ihrem irdischen Teil, nein, um der ewigen Wahrheit willen, damit sie triumphieren könne aus der Kraft ihres eignen Inhalts über die Seelen, — gebt uns frei!

Bravo!

Gestern abend hat nun auch die angekündigte Protestversammlung stattgefunden, in der Professor Pfleiderer, Abgeordneter Schrader und Professor Soden über den Fall Fischer sprachen. Es wurde nach einer lebhaften Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Wir erklären, daß durch die maßlose Agitation der Positiven und die Entscheidung des Königl. Konsistoriums dem Pfarrer D. Fischer schweres, völlig unverdientes Unrecht angetan ist. Wir fordern für die ebenso fromme als freie Auffassung des Christentums, wie sie D. Fischer in seinem Vortrage vertreten hat, volles Recht in der evangelischen Kirche. Wir verlangen vom Kirchenregiment, daß es die kirchlich-liberalen Glieder der Gemeinde in gleicher Weise schütze und fördere wie die orthodoxe. Wir fordern, daß den evangelischen Geistlichen in ihrem Amt volle Freiheit auf dem Grunde des Evangeliums gegeben werde. Wir bitten, D. Fischer, im Vertrauen auf die allgemeine hohe Anerkennung, die er in den großen Kreisen freigesinnter evangelischer Christen findet, festzuhalten an seinem Amte, das er zum Segen seiner Gemeinde verwaltet hat und in dem er hoffentlich noch lange stehen wird.“

* **Der Bund für Mutterschutz**, über dessen Gründung unlängst berichtet wurde, hat sich nunmehr organisiert. In einer dieser Tage zu Berlin abgehaltenen Sitzung konstituierte sich der leitende Ausschuß des Bundes, der im wesentlichen aus denselben ca. 50 Persönlichkeiten besteht, welche den Aufruf des Bundes unterzeichnet hatten, und nahm die Satzungen an. Nach § 1 ist Zweck des Bundes: „ledige Mütter und deren Kinder vor wirtschaftlicher und sittlicher Gefährdung zu bewahren und die herrschenden Vorurteile gegen sie zu beseitigen. Diese Ziele sucht der Bund zu erreichen:

a. indem er ledigen Müttern zur Errichtung wirtschaftlicher Selbständigkeit behilflich ist, insbesondere denjenigen, die ihre Kinder selbst aufziehen wollen, b. durch Schaffung von (ländlichen und städtischen) Mütterheimen, b. durch eine allgemeine Mutterschaftsversicherung, c. durch Verbesserung der rechtlichen Lage der unehelichen Mütter und Kinder, d. durch Propaganda jeder Art (öffentliche Versammlungen, Artikel in der Presse, aufklärende Broschüren und Flugblätter, sowie ein eigenes Organ).“

Die Erledigung der laufenden Geschäfte wurde einem provisorischen Vorstande übertragen, bestehend aus den Damen Dr. phil. Helene Stöcker, Ruth Bré und Maria Lischnewska, den Herren Dr. phil. M. Borgius und Dr. med. Max Marcuse (letzterer als Verwalter der Geschäftsstelle, Berlin W., Leipziger Str. 45). An den einzelnen Plätzen des Reiches sollen Orts- bezw. Bezirksgruppen mit weitgehender Freiheit hinsichtlich ihrer praktischen Betätigung und Finanzverwaltung gebildet werden. Alle zwei Jahre soll eine ordentliche Generalversammlung stattfinden.

* **Gegenüber gewissen Bestrebungen preußischer Militäranwärter** wird offiziös geschrieben: Die Bestrebungen, daß den Militäranwärtern bei deren definitiver Anstellung im Zivildienst ein Drittel ihrer Militärdienstzeit sowohl im Staats- wie im Kommunaldienst angerechnet werde, haben wenig Aussicht auf Erfolg. Der Wunsch erscheint der preußischen Finanzverwaltung unannehmbar, weil dadurch eine weitgehende Disparität in die Besoldungsverhältnisse zweier Gruppen ein und derselben Beamtenkategorie, einerseits der Zivilanwärter, andererseits der Militäranwärter, gebracht würde, indem die letzteren sogleich bei ihrer endgültigen Anstellung ein erheblich höheres Gehalt beziehen würden, als die ihnen nach der Art der Beschäftigung völlig gleichstehenden Zivilanwärter. Auch stößt der Wunsch auf schwere Bedenken wegen seiner finanziellen Tragweite. Nach im Finanzministerium angestellten Berechnungen würde sich danach allein im Bereiche der allgemeinen Verwaltung und der Verwaltung der direkten Steuern eine jährliche Mehrausgabe von rund 600000 ℳ, einschließlich der übrigen Staatsverwaltungen aber ein jährlicher Mehrbedarf von rund 10 Mill. Mark ergeben. Hierbei ist allerdings von der Anrechnung eines Zeitraums von sechs Jahren auf das Besoldungsdienstalter ausgegangen. Legt man dem oben mitgeteilten Wunsche entsprechend einen Zeitraum von 4 Jahren zu Grunde, so ist die jährliche Mehrausgabe immer noch auf 7—8 Mill. Mark zu schätzen, wobei das sich aus der Pensionierung und Reliktenversorgung ergebende Mehr noch gar nicht mit einberechnet ist.

* **Oberrechnungskammer und Rechnungshof.** Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „In der letzten Zeit sind durch die Presse Mitteilungen gegangen, welche eine falsche Auffassung über die Tätigkeit der preußischen Oberrechnungskammer in ihrer Eigenschaft als Rechnungshof des Deutschen Reiches auf dem Gebiete des kolonialen Rechnungswesens hervorrufen konnte. Insbesondere sind einzelne Fälle von Erinnerungen aufgeführt, die in Wirklichkeit nicht erhoben sind. Auch muß gegenüber der am Rechnungshofe geübten Kritik festgestellt werden, daß der Rechnungshof bei der Prüfung von Rechnungen der Schutzgebiete, soweit es nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zulässig ist, auf die besonderen, von ihm als schwierig anerkannten Verhältnisse der Kolonialverwaltung stets Rücksicht genommen hat. Weitere Vereinfachung des kolonialen Rechnungswesens, wie sie durch die wirtschaftliche Entwickelung und Ausdehnung der Verwaltung des Schutzgebietes mit Recht verlangt wird, kann nur durch Abänderung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen erreicht werden.“

— Die vereinigten Ausschüsse des Bundesrats für Rechnungswesen und für Elsaß-Lothringen und die vereinigten Ausschüsse für Justizwesen und für Elsaß-Lothringen hielten am Mittwoch Sitzungen.

●

* **Weimar**, 18. Januar. Heute abend fand die Ueberführung der Leiche der verstorbenen Großherzogin vom Residenzschlosse nach der Hofkirche statt. Unter Glockengeläute bewegte sich der Leichenzug durch die Straßen, die reichen Trauerschmuck zeigten. Fackelträger und Militär bildeten Spalier nach der Hofkirche hin, in welcher in Anwesenheit des Großherzogs und der nächsten Anverwandten der Verstorbenen eine kurze Trauerfeier abgehalten wurde. Vor dem Schlosse und in den Straßen hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge angesammelt, die entblößten Hauptes den Zug vorüberziehen ließ.

* **Aus Baden.** Was in unterrichteten Kreisen seit einiger Zeit bekannt war, wird durch die „Bad. Korr.“ jetzt bestätigt: Die bereits im Oktober vorigen Jahres angekündigte Aenderung in der Zusammensetzung des badischen Staatsministeriums wird sich in Bälde vollziehen. An Stelle des Staatsministers v. Brauer, der in den Ruhestand tritt, wird Herr Schenkel unter Beibehaltung des Ministeriums des Innern Staatsminister werden und gleichzeitig das Kultusministerium übernehmen. Freiherr v. Dusch, der das Justizministerium beibehält, wird Nachfolger des Herrn v. Brauer, als Leiter des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten. Das neu zu schaffende Ministerium für Handel und Gewerbe übernimmt der Landeskommissar von Karlsruhe, Geh. Rat Braun. Letzterer gilt in Berlin, wo er von seiner Tätigkeit im Bundesrat bekannt ist, als ein sehr tüchtiger Beamter, dem vielleicht noch eine große Zukunft bevorsteht. Wie weit die vielfach gehegte Hoffnung sich verwirklicht, die Beförderung des Herrn Schenkel werde vom Standpunkte wohlverstandener Festigkeit gegenüber zu weitgehenden Ansprüchen des Zentrums erfreuliche Folgen zeitigen, muß abgewartet werden.

* **Stuttgart**, 18. Januar. Der König hat inbetreff der Besorgung der Staatsgeschäfte während seiner Abwesenheit verfügt, daß Gegenstände von größerer Wichtigkeit zur Einholung seiner Entschließung ihm nach Kap Martini nachgesendet, die übrigen Angelegenheiten aber im Vollmachtsnamen des Königs vom Gesamt-Staatsministerium erledigt werden. — Dem Vorsteher des Chiffrier-Bureaus des Auswärtigen Amtes in Berlin, Geh. Hofrat Willich hat der König das Ehrenkreuz des Kronordens verliehen. — Die neue, dem Landtage zugegangene Volksschulvorlage enthält im ersten Abschnitte Bestimmungen über die Aufbesserung der Einkommensverhältnisse der Volksschullehrer; der zweite Abschnitt enthält einige dringliche Aenderungen auf dem Gebiete des Volksschulwesens selbst, u. a. Bestimmungen über die Minderheitskonfessionsschulen.

* **Stuttgart**, 18. Januar. Der Abgeordnetenkammer lag heute ein Antrag der Staatsanwaltschaft Dresden auf Strafverfolgung des sozialdemokratischen Abgeordneten Keil wegen angeblicher Beleidigung des Königs von Sachsen vor. Die Beleidigung soll in dem Weihnachtsartikel der „Schwäbischen Tagwacht“ enthalten sein, der den Besuch der Gräfin Montignoso in Dresden bespricht. Der Antrag wurde der Geschäftsordnungskommission überwiesen.

* **München**, 18. Januar. Das vom Magistrat ins Leben gerufene Komitee zur Unterstützung der Arbeitslosen, an dessen Spitze der erste Bürgermeister und der erste Vorsitzende des Gemeindekollegiums stehen, erläßt einen Aufruf zu Geldsammlungen. Die Unterstützungen werden am Freitag zum ersten Male gewährt und zwar für Verheiratete in Geldspenden, für Ledige durch Anweisungen auf Speisen. Es geschieht das im Einvernehmen mit den Gewerkschaften. Außer den vom Magistrat zur sofortigen Hilfe bewilligten 20000 ℳ werden auch noch 15000 ℳ aus dem Münchener Hilfsfonds entnommen.

Deutscher Reichstag.

Aus den Kommissionen.

Die Budgetkommission beriet am Mittwoch den zweiten Nachtragsetat für die Schutzgebiete weiter und genehmigte Titel 2 (1½ Million zur Wiederherstellung der Eisenbahn Swakopmund—Windhuk), unter Bewilligung der Indemnität, und beschloß nach längerer Debatte die Vertagung der weiteren Beratung über den Titel, der 1½ Millionen zur Beschleunigung des Baues der Otawi-Bahn bis Omaruru verlangt. Im Laufe der Debatte wurde von den meisten Rednern der hierüber von der Regierung mit der Otawi-Minengesellschaft geschlossene Vertrag für bedenklich erklärt und dessen Vorlage verlangt. Kolonialdirektor Dr. Stübel sagt letzteres zu. Bei Titel 4 (200000 ℳ zu Vorarbeiten für den Bahnbau von Windhuk nach Rehoboth) beantragen die Abgg. Paasche, Bachem und Singer Ablehnung, da der bezügliche Vertrag mit der Firma Koppel ohne Bewilligung des Reichstages geschlossen sei. Kolonialdirektor Dr. Stübel betonte, die Unterlassung der Vorarbeiten würde eine Pflichtverletzung gewesen sein, von dem Bau hänge die Zukunft der Kolonie ab. Staatssekretär Frhr. v. Stengel erklärt, der Vertrag sei dem Reiche gegenüber verbindlich. Nachdem noch die Abgg. Spahn, Arendt, Beumer und v. Staudy sich gegen das Vorgehen der Regierung und die Uebergehung des Reichstags lebhaft tadelnd ausgesprochen hatten, wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Der Geschäftsordnungsantrag Schönburg als „Weckruf“.** Aus Wien wird gemeldet, die Kommission zur Beratung einer Geschäftsordnung des Reichsrates, welche nach Einbringung des Antrages des Fürsten Schönburg vom Herrenhause eingesetzt worden ist, werde in den nächsten Tagen ihre Beratungen beginnen. Die Vorbesprechung eines Teiles der Kommissionsmitglieder, die am letzten Montag stattfand, ergab, so heißt die Beratungsnote, neuerlich die Ueberzeugung, daß der Antrag Schönburg nur ein Weckruf für das am Schlusse des letzten Sessionsabschnittes noch immer in Obstruktion verharrende Abgeordnetenhaus sein solle und nicht als eine grundstürzende Aktion in der Frage der Revision der Geschäftsordnung gedacht war. Die gegenwärtige Lage im Parlamente, welche der Aufnahme der Arbeiten im Hause nicht ungünstig zu sein scheine, habe dem Antrag Schönburg einen Teil seiner Aktualität genommen. Es soll im Hintergrund bleiben, um im geeigneten Moment hervorgeholt zu werden.

* **Dreibundsfeindschaft an der Tiroler Grenze.** Seit einigen Tagen tauchen in römischen Blättern die alten Gerüchte von besonderen militärischen Vorkehrungen Oesterreichs in Südtirol, im Rienz- und oberen Drautale, an der Südgrenze Kärntens und im Küstenlande wieder auf. Der „Esercito Italiano“, der diese Gerüchte mit Angaben über die von österreichischen Genietruppen unternommenen Paß- und Talsperren bekräftigt, führt diesen angeblichen Rüstungseifer auf ein neuerwachtes Mißtrauen gegen Italien zurück und meint, entweder müsse man dieses ganz unbegründete Mißtrauen bannen oder dem Beispiele Oesterreichs mit rascher Entschlossenheit folgen. Die „Neue Fr. Pr.“ sagt darüber aus: „Es ist bereits in einer authentischen, auch von unserem Blatte veröffentlichten Darstellung unzweifelhaft nachgewiesen worden, daß die Verlegung einiger Jägerbataillone von Galizien nach Tirol gar keine wie immer geartete Tendenz gegen Italien hatte“.

* **Magyarische Kabale.** Die „N. Fr. Pr.“ schreibt über ein öffentliches Rühmen des Führers der ungarischen Nationalpartei: „Eine Enthüllung, welche Graf Apponyi in seinem gestrigen Trinkspruch gemacht hat, bezieht sich offenbar auf einen Vorgang, der sich unmittelbar vor dem Schlusse des Reichstages abgespielt hat und über welchen seinerzeit mancherlei Versionen in den politischen Kreisen in Umlauf gewesen sind. Man erzählte damals, daß eine Dame der hohen Aristokratie, die in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zu den Führern der Dissidentengruppe steht (wohl die Andrassys?), sich nach Wien begeben habe, um dort eine Audienz für einen der Führer der Dissidenten zu erwirken. Im Wege der aristokratischen Verbindungen der Dame wurde diese veranlaßt, sich nach Wallsee zu begeben, wo sich damals Erzherzogin Marie Valerie aufhielt. Von dorther gelangte die Antwort zurück, daß Ansuchen um die Audienz möge im schriftlichen Wege direkt an die Kabinettskanzlei des Kaisers gerichtet werden. Gleichzeitig wurden, wie es scheint, mehrfache Anstrengungen gemacht, um den Kaiser davon abzuhalten, daß er den Reichstag persönlich schließe, um den Monarchen vor Unannehmlichkeiten zu bewahren, da Gerüchte im Umlauf seien, daß die Opposition die Verlesung der Thronrede durch Zwischenrufe eventuell verhindern werde. Es wurde vorgeschlagen, daß Ministerpräsident Graf Tisza selbst, der, wie man sich ausdrückte, „die ganze Sache eingebrockt habe“, mit der Verlesung der Thronrede betraut werde, wofür ja aus der Zeit des Baron Wenckheim ein Präjudiz besteht oder daß der Hofmarschall in Ungarn, Graf Ludwig Apponyi, mit dieser Mission betraut werde, endlich, wenn es nicht anders ginge, daß der in Pest weilende Erzherzog Josef August als Stellvertreter des Monarchen bei dem Schlusse des Reichstags mit der Verlesung der Thronrede beauftragt werde. Die Tatsachen haben den Beweis erbracht, daß alle diese Bemühungen vergeblich gewesen sind.“

Frankreich.

* **Der Generalsekretär der Freimaurerloge.** Wie aus Paris gemeldet wird, haben mehrere aktive und pensionierte Offiziere, die aus dem an den Generalsekretär Vadecard gerichteten Briefe des Kommandeurs des IX. Armeekorps in Tours, des Generals Peigné, erfahren, aus welchen Gründen sie nach anderen Garnisonen versetzt worden sind, an den Kriegsminister eine Beschwerde gerichtet und beschlossen, gegen Peigné einen Prozeß wegen Schadenersatz vor dem Zivilgericht anzustrengen. — Es heißt, der nationalistische Deputierte Guyot de Villeneuve habe noch verschiedene an den Generalsekretär Vadecard gerichtete Briefe in seinem Besitz, durch deren Veröffentlichung zwei Korpskommandeure, zwei Divisionskommandeure und ein Brigadekommandeur, die als Republikaner bekannt sind, bloßgestellt werden sollen.

Italien.

* **Die Eisenbahnpolitik der Regierung.** Der Ministerpräsident Giolitti hält, wie man aus Rom meldet, mit den Ministern der öffentlichen Arbeiten und des Staatsschatzes eifrige Beratungen über den Gesetzentwurf für die Einführung des Staatsbetriebes auf sämtlichen Eisenbahnlinien Italiens ab, der gegen Ende dieses Monats in der Kammer eingebracht werden soll. Da die gegenwärtigen Uebereinkommen mit den Eisenbahngesellschaften, ausgenommen dasjenige mit dem „Meridionali“, am 30. Juni 1905 ablaufen, soll der Staatsbetrieb am 1. Juli beginnen. Der gesamte Staatsbetrieb wird in Zukunft ungefähr 11000 Kilometer umfassen.

Spanien.

* **Die Unruhen wegen der Verzehrsteuern.** Zu den Unruhen in Cadiz wird der „Köln. Ztg.“ noch gemeldet, daß in Madrid selbst in den letzten Tagen nur dadurch ein ernster Zwist vermieden werden konnte, daß die Regierung auf über eine Million Einnahmen aus der Verzehrsteuer verzichtete. Da diese Ermäßigung aber nicht allgemein durchgeführt werden kann, wenn nicht das Gespenst des Fehlbetrages im Staatshaushalt wieder auftauchen soll, so ist nur zu sehr zu befürchten, daß die Tumulte von Cadiz ansteckend wirken. Sie sind die unmittelbare Folge einer wenig überlegten Maßregel des früheren Finanzministers Osma, der die Verzehrsteuer für Getreide und Mehl herabsetzte, um der wachsenden Lebensmittelverteuerung Einhalt zu tun. Dadurch entsteht aber nun in den Etats der Gemeinden ein Ausfall von 8 bis 9 Millionen Pesos, den sie, da sie doch auch leben wollen, durch Erhebung oder Erhöhung von Abgaben auf anderen Gegenständen zu decken suchen, wobei die einen auf Wein, die andern auf Oel oder Fleisch verfallen sind. Das Ganze beweist von neuem, daß man die verhaßte Verzehrsteuer, deren Beseitigung heutzutage wohl in dem Programm aller Parteien steht, nicht durch solche Teilmaßregeln abschaffen kann, die, ohne den ärmern Klassen wirklich zu helfen, nur die Unzufriedenheit vermehren, sondern daß es dazu eines umfassenden organischen Planes bedarf, der gleichzeitig auf die Finanzlage der Gemeinden die gebührende Rücksicht nimmt. Nächst der Währungsfrage ist dies die wichtigste Aufgabe, die den spanischen Wirtschaftspolitikern für die nächste Zukunft zu lösen obliegt.

Rußland.

* **Die Gewaltherrschaft des Großfürsten Sergius.** Wie dem „L.-A.“ aus Moskau weiter geschrieben wird, ist man allgemein überzeugt, daß die Enthebung des Großfürsten Sergius von dem Posten als General-Gouverneur durch das bestialische Verfahren der Polizei gegenüber den Studenten bei der letzten Straßendemonstration veranlaßt ist. Die Polizei soll von dem Großfürsten direkt angehalten worden sein, der dem System Swiatopolk-Mirskis dadurch einen Stoß zu versetzen und dem Zaren den Beweis zu liefern hoffte, wie durch „energisches“ Auftreten Opposition niedergedrückt werden kann. Berittene Polizisten, Gendarmen und Kosaken verrichteten auf der Hauptstraße Moskaus, den Kusnetzky Most, ein förmliches Blutbad, wobei Frauen und selbst Kinder, die als Zuschauer oder Passanten ins Gemenge kamen, in unmenschlicher Weise zugerichtet wurden. Da die Preßbehörde den Zeitungen jeden Bericht über diese Vorgänge untersagte, richteten 82 Schriftsteller und Journalisten, darunter die Chefredakteure sämtlicher Moskauer Zeitungen (ausgenommen natürlich die „Moskowskija Wjedomosti“), einen telegraphischen Protest an den Minister des Innern, in welchem das Verfahren der Behörden als verbrecherische Provokation bezeichnet wurde. Gleichzeitig überreichten mehrere hundert angesehene Bürger dem Stadtrat eine Petition um Schutz von Leben und Sicherheit der Bürger gegen polizeiliche Exzesse in den Straßen Moskaus.

* **Demonstrationen in Nishnij-Nowgorod und Kiew.** In Nishnij-Nowgorod kam es am 11. Januar zu Szenen, welche auf die äußerste Erregung des Volkes hindeuten. Vormittags wurde nach der „N. Fr. Pr.“ eine stark besuchte öffentliche Sitzung des Lehrerhilfsvereines wegen der Rede eines Arbeiters, welcher die Lehrer berührte, von der Polizei aufgehoben. Das Publikum bestand darauf, daß ein verhafteter Arbeiter freigelassen werde. Abends fand eine musikalisch-literarische Soiree im Volkshause statt, wo revolutionäre Lieder zum Vortrag gelangten. Sie wurde ebenfalls polizeilich geschlossen. Das 1500 Personen starke Publikum ging jedoch nicht auseinander, wählte einen Präsidenten und hörte mehrere Redner an. Die Stimmung war sehr gehoben, als 100 Polizisten eindrangen, mit Säbeln und Fußtritten den Saal säuberten und vielen Personen Verletzungen zufügten. — In Kiew wurde vorgestern die dritte Sitzung des Kriminalistenkongresses wiederum von der Polizei geschlossen. Als das Publikum den Saal verließ, wurden revolutionäre Schriften verteilt. Ein Student rief: „Nieder mit der Autokratie!“

* **Beendigung des Ausstandes im Naphtharevier.** Aus Baku kommt ein Telegramm, wonach der Arbeiterausstand durch Entgegenkommen der Arbeitgeber beigelegt wäre. Diese haben im allgemeinen einen neunstündigen Arbeitstag für die Arbeiter, einen achtstündigen für die Heizer, Naphthaschöpfer und andere Arbeiter, sowie Festsetzung eines Minimallohnes für die einzelnen Arbeiterkategorien, Gewährung von Wohnungsgeldern, Heizung, Beleuchtung und Wasser, sowie für die Zeit des Ausstandes vollen Lohn für die mit monatlicher Kündigung und halbmonatlichen Lohn für die mit täglicher Kündigung angestellten Arbeiter bewilligt.

Serbien.

* **Akute Ministerkrisis.** Heute wird aus Belgrad depeschiert, daß der König gestern mit dem Präsidenten der Skupschtina, sodann mit dem Ministerpräsidenten und dem Kriegsminister beriet. Wahrscheinlich werde das ganze Kabinett zurücktreten, da der König bei der Forderung von 45 Millionen für militärische Zwecke verharre. Nach unserer gestrigen Meldung bliebe wohl der Kriegsminister Putnik vor dem Schicksal seiner Amtsgefährten bewahrt.

Union.

* **Eine irische Cronjefeier in New York.** Die Irländer in Amerika haben ihrer Abneigung gegen England wieder einmal deutlichen Ausdruck gegeben, indem sie dem früheren Burengeneral in New York einen festlichen Empfang veranstalteten. Sie bezeichneten, wie die „H. N.“ melden, in ihren Reden Cronje als den Helden des Burenkrieges, der als Freund der unterdrückten Nationalitäten auch für Irland einen wuchtigen Schlag getan habe. Cronje sprach durch einen Dolmetscher und schilderte in ruhiger Weise, ohne gegen England ausfallend zu werden, die Vorkommnisse von Paardeberg und seine Gefangennahme. Er gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Zukunft Südafrikas heiter sein werde. „Das hoffen wir auch“, rief einer der Zuhörer. „Wir werden England in die See treiben.“ Dem Hamburger Blatte scheint Cronje ein recht ungeeignetes Objekt für solche Demonstrationen zu sein, nachdem er seiner Vergangenheit durch sein öffentliches Auftreten auf der Weltausstellung so wenig Ehre gemacht hat.

Letzte Depeschen und Fernsprechmeldungen.

Unfall des deutschen Kronprinzen.

* **Potsdam**, 19. Januar. Als der Kronprinz heute vormittag 11 Uhr mit seinem Dogcart, das er selbst lenkte, die Charlottenstraße am Bassinplatze passierte, stürzte das Pferd und fiel. Der Kronprinz und der Kutscher fielen infolge des Ruckes aus dem Wagen nach vorn heraus, ohne irgend welchen Schaden zu nehmen. Der Kronprinz erhob sich sofort. Das Geschirr wurde in Stand gebracht, und heiter bestieg der Kronprinz wieder den Wagen und setzte die Fahrt fort.

Zur Beisetzung der Großherzogin von Weimar.

* **Dresden**, 19. Januar. Der König begibt sich Sonnabend nach Weimar, um der Beisetzung der Großherzogin von Sachsen-Weimar beizuwohnen.

Combes und die Presse.

* **Paris**, 19. Februar. Ministerpräsident Combes hat einem Redakteur des „Matin“ gestern mit größter Entschiedenheit erklärt, kein dissidenter Radikaler dürfe dem nächsten Ministerium angehören, das würde unmoralisch und überdies eine Prämie auf die Fahnenflucht und den Verrat sein. Die Presse bespricht das heute im „Journal Officiel“ veröffentlichte Demissionsschreiben des Ministerpräsidenten. Die Organe der Nationalisten, der gemäßigten Republikaner und Dissidenten verurteilen das Schreiben in schärfster Weise. So erklärt der „Figaro“, dieses Schriftstück sei von eminenter Gewissenlosigkeit; es sei Sache des Präsidenten der Republik, entsprechend seinen verfassungsmäßigen Rechten, die Ministerkrisis zu lösen. Das neue Ministerium werde sich über sein Programm mit der Kammer und nicht mit Combes auseinandersetzen. Der „Gaulois“ sagt, der Brief Combes sei die Verzerrung eines absolutistischen Erlasses. Der „Siècle“ erklärt, das Schriftstück mute fast wie das Werk eines Staatsstreichunternehmers an. Die radikalen und sozialistischen Blätter sprechen ihre Befriedigung über das Demissionsschreiben aus und sagen, es habe im ganzen Lande großen Eindruck gemacht.

Ausstand der Dockarbeiter in Brest.

* **Brest**, 18. Januar. Die hiesigen Dockarbeiter sind in den Ausstand getreten. Sie veranstalteten am Abend Kundgebungen und stürzten etwa 100 Gebinde Wein in das Wasser, wurden jedoch schließlich durch Militär auseinandergetrieben.

Schweres Eisenbahnunglück in England.

* **London**, 19. Januar. Auf der Midlandbahn stießen bei Darfield (Yorkshire) der Expreßzug von Schottland und ein von London kommender Postzug zusammen. Bald darauf fuhr noch ein Gepäckzug auf die Trümmer auf. Sechs Personen wurden getötet und 20 verletzt.

Die Adresse der russischen Orthodoxie.

* **Petersburg**, 19. Januar. Der „Regierungsbote“ meldet: Eine Abordnung des Russischen Klubs, welcher die Festigung des Nationalgeistes anstrebt, überreichte dem Kaiser eine Ergebenheitsadresse, in welcher jeder Gedanke an eine Abänderung der Selbstherrschaft, welche neben der Orthodoxie und dem Nationalbewußtsein die Grundlage des Vaterlandes sei, zurückgewiesen wird. Der Kaiser sprach nach Verlesung der Adresse der Abordnung seinen Dank aus; an dem ehrlichen russischen Gedanken der Adresse könne man weder etwas hinzufügen noch hinwegstreichen.

Zum Ausstand in Petersburg.

* **Petersburg**, 19. Januar. Die ausständigen Arbeiter haben eine Petition vorbereitet, in der sie Maßnahmen zur Beseitigung der Rechtlosigkeit, der Armut der Bevölkerung des Reiches und der Bedrückung durch das Kapital fordern. Sie fordern weiter eine Garantie der persönlichen Sicherheit, des freien Wortes, des Versammlungsrechtes, der Gewissensfreiheit, den obligatorischen Schulunterricht auf Staatskosten, Gleichheit Aller vor Gericht, Verantwortlichkeit der Minister, Beseitigung der Ablösungszahlungen der Bauern, Verbilligung des Kredits, allmähliche Verteilung der Staatsdomänen unter das Volk, Einführung der Einkommensteuer. In der Petition wird weiter der Achtstundentag, die Zulassung des Kampfes der Arbeiter gegen das Kapital und eine staatliche Arbeiterversicherung verlangt.

* **Mentone**, 18. Januar. Der König von Württemberg ist hier eingetroffen.

* **Athen**, 19. Januar. Die Königin wird den Prinzen Georg bei seiner Rückkehr nach Kreta begleiten.

Chefredakteur: Adolf Schiebt.
Verantwortliche Redakteure: Für deutsche Politik Dr. Friedrich Kurtz, für auswärtige Politik Paul Wiegler, für sächsische Angelegenheiten Rudolf Cyrilius, für Feuilleton Paul Zschorlich, für Musik Heinrich Zöllner, für Sport Julius Haarseld. Sämtlich in Leipzig. — Für den Inseratenteil verantwortlich Emil Aßler, Gohlis-Leipzig.

Die vorliegende Nummer umfaßt 8 Seiten.